

Arbeiterstimme

Tageszeitung der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale) Bezirk Ostfachsen

Preis: Jedes Heft 10 Pfennig. Vierteljahr 3 Mark. Halbjahr 5 Mark. Ein Jahr 10 Mark. (Inklusive Postgebühren). Die Redaktion: Ostfachsen, Postfach 10. Die Geschäftsstelle: Ostfachsen, Postfach 10. Die Druckerei: Ostfachsen, Postfach 10.

1. Jahrgang

Sonnabend, 13. Juni 1925

Nummer 51

Kämpft gegen den Zollwucher!

Die Zollvorlage soll durchgepeitscht werden Beratung des Reichszanlers mit den Parteien

Berlin, 12. Juni. (Telunion.) Der Reichszanler hielt heute nachmittags im Reichstag eine vertrauliche Besprechung mit den Führern der Regierungsparteien über die Behandlung der Zollvorlage ab. An der Besprechung nahmen teil der Reichsernährungsminister Graf Ranik, der Finanzminister von Schlieffen und der Arbeitsminister Dr. Brauns. Irigendwelche Beschlüsse wurden nicht gefaßt. Der „Tag“ meldet dazu: Bei der Besprechung des Reichszanlers mit den Führern der Regierungsparteien über die parlamentarische Bedeutung der kleinen Zollvorlage ergab sich, daß vorläufig die Regierung noch nicht auf eine glatte Annahme der Vorlage durch die Regierungsparteien rechnen kann, daß vielmehr in einigen Punkten Kompromisse gesucht werden müssen. Von den Vertretern mehrerer Fraktionen wurde darauf aufmerksam gemacht, daß eine Erledigung der Zollvorlage vor den Ferien nur dann möglich sei, wenn langwierige Ausschuß- und Plenarverhandlungen über die einzelnen Zollpositionen permittiert werden und die Beratungen des Reichstages sich auf die Erörterung der wichtigsten Zollpositionen beschränken. Die Verhandlungen des Reichszanlers mit den Fraktionen sollen in allerhöchster Zeit fortgesetzt werden.

Die Besprechungen sollten dazu führen, daß die Vorlage noch vor den Ferien verabschiedet werden kann. Die wucherliche Ausprellung der Arbeiter soll bald erfolgen. Die Schwerlasten, die noch vorhanden sind, belägen darin, daß den Zölkern der Zoll nicht hoch genug ist. Sie wollen noch mehr Ausprellung.

Ranik

hält eine Verteidigungsrede für die Zölle

Berlin, 13. Juni. (Eigene Drahtmeldung.) Im Reichstagsklub hielt Ranik, der zankerliche Ernährungs-

minister, eine scharfe Rede zur Verteidigung der Zollvorlage. Er erklärte unter anderem: „Der deutsche Konsument sei leider noch viel zu wenig von der Notwendigkeit einer starken, heiligen Landwirtschaft (s. h. eines starken deutschen Junkertums! D. R.) überzeugt. Der Agrarzoll bedeutet keine Verzerrung der freien Märkte. Man darf unter keinen Umständen zwischen Großgrundbesitzern und Kleinbauern Gegensätze treiben.“

Die ADGB-Führer lehnen den Kampf gegen die Zoll- und Steuerhände ab!

Jena. Die ADGB-Führer lehnen den Kampf gegen die Zoll- und Steuerhände ab! Die ADGB-Führer lehnen den Kampf gegen die Zoll- und Steuerhände ab! Die ADGB-Führer lehnen den Kampf gegen die Zoll- und Steuerhände ab!

Der ADGB-Vorsitzende in Thüringen, Hartmann, erklärte nun im Thüringischen Landtag nach einer über eine Stunde dauernden Schimpfepistel gegen die Kommunisten, daß er nicht die Absicht habe, auf das Schreiben der ADGB zu antworten.

Hartmann weiß, daß die Kommunisten in den Gewerkschaften Thüringens eine Macht darstellen, daß einzelne Gewerkschaften die kommunistische Mehrheit haben. Er verzichtet auf sie mit einer Handbewegung, er weiß auf die Kampfbereitschaft der kommunistischen Partei nichts zu sagen, verläßt sie zu ignorieren. Braucht man nach dem Warum zu fragen? Ihm graut davor, eine Antwort zu geben, weil er sagen möchte, warum er und seine Gefährten die großen Worte nicht in Taten umsetzen, warum sie noch nicht das geringste zur Organisation des Massenprotestes getan haben.

postarbeitnehmer des Inlands und Staatskommissar am Reichlich unter dem Vorbehalt des Inlands und Staatskommissar am Reichlich abgehaltenen Verhandlungen zum Schlichtungsspruch die Transportarbeiter Rheinland-Westfalens heute, Sonnabend, in den Streik treten.

Der Amnestieschwindel

Amnestie nur für Hakenkreuzler.

Berlin, 13. Juni. (Eigene Drahtmeldung.) Im Reichstag sprach Genosse Stöcker zur Amnestiefrage. Er erklärte: „Was bis jetzt über den Inhalt der Regierungsvorlage bekannt ist, läßt das Schlimmste befürchten. Die Amnestiefrage soll nicht unter dem Vorbehalt des Amnestieschwindels überhaupt nur bis zum 1. Oktober 1925 vorgenommen werden. Das bedeutet, daß die Amnestie seit 1. Oktober 1923, nämlich 1011 Jahre, nicht mehr in Geltung ist. Ebenfalls sollen nicht unter dem Vorbehalt des Amnestieschwindels überhaupt nur bis zum 1. Oktober 1923, nämlich 1011 Jahre, nicht mehr in Geltung sein. Ebenfalls sollen nicht unter dem Vorbehalt des Amnestieschwindels überhaupt nur bis zum 1. Oktober 1923, nämlich 1011 Jahre, nicht mehr in Geltung sein.“

Kommunistischer Mißtrauensantrag gegen Schiele

Berlin, 13. Juni. (Eigene Drahtmeldung.) Die kommunistische Reichstagsfraktion stellt zum Etat des Innenministers Schiele den Mißtrauensantrag: „Der Innenminister bezieht nicht das Vertrauen des Reichstages.“



Der Raubritter und sein getreuer Knappe.

Kampf dem Zollwucher und der Unternehmer-Offensive

Während die Sozialdemokratische Partei dem Arbeiter die Annahme des Dawesplanes als die „einzige Möglichkeit, die Lage der Arbeiter zu heben“, anbot, zeigte die KPD, daß durch das Londoner Abkommen das Elend der Arbeiter vergrößert werden müsse. Die bürgerlichen Parteien einschließlich der Sozialdemokraten erklärten, die durchgeführte Stabilisierung der Mark bedeute gleichzeitig die Sanierung der Wirtschaft. Die KPD stellte demgegenüber auf ihrem im Januar stattgefundenen Kongreß des Zentralauschusses den herausziehenden neuen wirtschaftlichen Zusammenbruch, die verschärfte Ausbeutung, die stärkere Unterdrückung der Arbeiter fest.

In den Thesen des Zentralauschusses vom 9./10. Januar dieses Jahres sagte die KPD:

„Noch tracht die Sanierung nicht offen zusammen, aber sie tracht schon in allen Zügen, große soziale Kämpfe in der nächsten Zeit herbeizuführen.“

Und zu den Auswirkungen des Dawesplanes erklärte der Zentralauschluß:

„Diese Rolle (die Zwischenmeisterrolle der deutschen Kapitalisten, D. R.) besteht in erhöhter Ausbeutung des deutschen Proletariats, in verstärkter Unterdrückung der Arbeiterklasse, in Aufrechterhaltung von „Ruhe und Ordnung“ mit allen Mitteln. Für diese Tätigkeit entspricht das internationale Finanzkapital der deutschen Bourgeoisie Gewinnbeteiligung bei der Ausprellung des deutschen Proletariats durch Mehrarbeit, niedrigere Löhne, neue Steuern und Zölle.“

Der Dawesplan setzt voraus: Verlängerung der Arbeitszeit, Lohnherabsetzung, Aufhebung der Streik- und Koalitionsrechte, Wollensentlassung von Beamten (insbesondere Eisenbahner), Steuererhöhungen, Einführung neuer Verbrauchssteuern, Zölle.“

Weiter noch stellte der Zentralauschluß fest, daß die Arbeitslosigkeit im internationalen wie im nationalen Maße steigen werde.

Die Ereignisse haben die Richtigkeit der Analyse des Zentralauschusses vollumfänglich bestätigt. Was uns von großen Teilen der Arbeiter, solange wir nur voraussetzen konnten, nicht geglaubt wurde, ist nun praktisch eingetreten. Die wirtschaftlichen Kämpfe sind entbrannt. Die Unternehmer sind auf der ganzen Linie zum Angriff übergegangen. Den Infolge der gesteigerten Lebensmittelpreise geforderten Lohnerhöhungen sehen die Unternehmer die Forderung nach Lohnabbau entgegen, oder antworten wie jetzt bei den Holzarbeitern mit brutaler Ausprellung.

Die Entlastung von einer großen Anzahl Eisenbahner ist in Vorbereitung. Starke Erhöhungen der Steuern auf Bier und Tabak werden durchgeführt. Neue Zölle auf Bedarf- und Produktionsgegenstände und Lebensmittel werden den Arbeitermassen aufgeladen. Der „Zollwucher“, der den deutschen Arbeiter bedrückt, wird, ist geradezu ungeheuer. Noch einem Artikel der „Frankfurter Zeitung“ sind neben den Zöllen auf Lebensmittel folgende Erhöhungen vorgelesen: Erhöhung des Zolles auf Pflanzensamen von 3 auf 10 Mk., für Zugmaschinen, Motorpflüge und Bergmaschinen von 4 auf 80 Mk., für Blattfräsen für Motorapparate von 24 auf 800 Mk., für Schweißmaschinen von 60 auf 240 Mk., für Magnetwindapparate von 60 auf 200 Mk. Schon diese Zölle werden die gesamten Preise gewaltig heraufsprengen. Dazu kommen aber die Agrarzölle. Auf den Doppelzentner Weizen soll der Zoll von 1914, also 7,50 Mark kommen, auf das in Deutschland wichtige Getreidemittel, die Kartoffeln, pro Doppelzentner 0,50 Mk. Amort sind vorläufig zum Übergang geringere Sätze vorgelesen, jedoch werden die Summen bald gesteigert werden, da sie der Landwirtschaft keineswegs genügen. Der Sächsisch-Landeskulturrat fordert schon mehr. Er nahm eine Entschließung an, in der es heißt: „Die Landwirtschaft vermag sich jedoch mit den vorgezeichneten Sätzen in keiner Weise einzufinden zu erklären, da das Verhältnis zwischen den Zöllen der Industrie und der Landwirtschaft weiter bestehen bleibt... Der Landeskulturrat erhebt vor allem Einspruch gegen die Zollfreiheit der Milch...“

Die Agrarier wollen mehr noch, als wie jetzt schon durchgeführt werden soll.

Das „Berliner Tageblatt“ errechnet die Einnahmen des Staates aus den neuen Lebensmittelszöllen auf mindestens 250 Millionen Mark. Allein auf Getreide entfallen 86,2 Millionen Mark. Dabei darf nicht übersehen werden, daß es sich um Mindesteinnahmen handelt. Nun kommt aber hinzu, daß es bei dem Zollausschlag auf die ausländischen Waren nicht bleibt, sondern daß gleichzeitig die Preise für die inländischen Lebensmittel heraufgehen. Bei den Zöllen von 1907/09 entfielen auf ausländisches Getreide bei der Preiserhöhung durch die Zölle nur 1/3, auf inländisches aber 1/2. Diese ungeheuren Preiserhöhungen werden auch jetzt einleuchten.

Rapide Steigerung der Lebensmittelpreise

Nach dem WIR, ergab eine Berechnung der Großhandels- und Einzelhandelspreise des Reichsstatistikamtes am 13. Juni im Vergleich zum Stande vom 1. Juni folgendes Bild: Es ist eine Steigerung von über 1 Prozent vorhanden. Noch höher lagen die Preise für Roggen, Weizen, Hafer, Bohnen, Erbsen, Futter, Fleisch, Wollwaren, alle für die wichtigsten Nahrungsmittel- und Bekleidungsgegenstände. In dieser Gruppe haben am meisten im Preis angezogen die Agrarprodukte.

Aufmerksamkeit und unaufrichtig und schäblich schreitet die Preissteigerung vorwärts. Die Preissteigerung der letzten Wochen hat sich bereits so stark bemerkbar gemacht, daß die Arbeitermassen ihre Preise für Nahrungsmittel hinaufnummeriert haben. Die Arbeitermassen, die täglich ihren Einkauf belaufen müssen, müssen täglich neue bittere Erfahrungen erleben. Gekühten Molkereiprodukten ist ein Preis von 1,00 Mark, durchschnittlich 30 Pfennig mehr als in der vorigen Woche. Die Preise für Rind- und Schweinefleisch sind durchschnittlich ebenfalls um 20-30 Prozent gestiegen.

Transportarbeiterstreik im Ruhrgebiet

Duisburg, 13. Juni. (Eigene Drahtmeldung.) Die Hafenarbeiter und Kranführer der Kanalarbeiter von Dortmund, Gelsenkirchen und Wanne stehen seit Freitag morgen im Streik. Damit hat sich der Streik der Hafenarbeiter von Duisburg, Ruhrort auch auf die Kanalarbeiter ausgedehnt.

Vor einem Metallarbeiterkampf in Mitteldeutschland

Halle, 13. Juni. (Eigene Drahtmeldung.) Der Vorstand der Mitteldeutschen Metallarbeiter-Tarifgebiete Hamburg, Dessau und Halle hat den Tarif zum 31. Juni gekündigt. In der Mitteldeutschen Metallarbeiter-Tarifgebiete hat der Vorstand der Mitteldeutschen Metallarbeiter-Tarifgebiete Hamburg, Dessau und Halle den Tarif zum 31. Juni gekündigt. In der Mitteldeutschen Metallarbeiter-Tarifgebiete hat der Vorstand der Mitteldeutschen Metallarbeiter-Tarifgebiete Hamburg, Dessau und Halle den Tarif zum 31. Juni gekündigt.

Transportarbeiterstreik in Rheinland-Westfalen

Berlin, 13. Juni. (Telunion.) Wie der „Vestfalischer“ aus Bochum meldet, werden nach einer Mitteilung des Trans-